

Südafrika

Apartheid



Die Grundzüge der Rassentrennung waren bereits 1905 in einem Bericht der South African Native Affairs Commission verfasst worden. Das Gesetz zum Landbesitz der Afrikaner (Natives Land Act) von 1913 wies den Afrikanern die nach der Eroberung durch die Kolonialmächte übrig gebliebenen Reste ihres angestammten Landes zu und erklärte alle Kauf- oder Pachtverträge außerhalb dieser Reservate für illegal.

Der Afrikaaner-Nationalismus wurde durch die Gründung der National Party (NP) von 1914 und im Verlauf der Jahre durch eine kulturelle Wiederbesinnung gestärkt, die von dem Geheimbund für weiße Afrikaaner, dem Broederbond, und anderen Kulturvereinigungen vorangetrieben wurde. 1948 gewann die NP die Wahl. Sie hing der Ideologie der Apartheid an.

In fast jeder Hinsicht war die Apartheid eine systematischere und brutalere Fortsetzung der Rassentrennungspolitik der vorigen Regierungen.

Der Staat wurde zu einem Mechanismus, der Afrikaanern Arbeitsplätze verschaffte. Der Broederbond koordinierte das Parteiprogramm und stellte sicher, dass die Interessen und die Politik der Afrikaaner-Nationalisten in der Zivilgesellschaft den Vorrang hatten.

Von neuer Wichtigkeit war die Angelegenheit der „Rassenreinheit“. Sex zwischen Mitgliedern verschiedener Rassen war verboten. Die Bestimmungen zur Erfassung der Bevölkerung (population registration) teilten alle Südafrikaner in bestimmte Rassenkategorien ein.

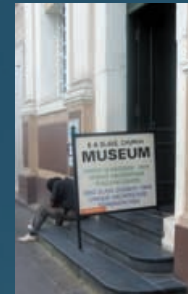
Zum ersten Mal wurden gegen die sogenannten Farbigen (Coloureds), die schon immer in der täglichen Praxis diskriminiert worden waren, auch offiziell diskriminierende Gesetze angewandt. In der Mitte der 50er Jahre setzte sich die Regierung über eine in der Verfassung von 1910 verankerte Klausel hinweg, um farbige Wähler aus dem Wahlregister streichen zu können. Sie setzte außerdem die Wohngebietsrennung durch. Die Regierung enteignete auch Hausbesitzer und siedelte mit Hilfe der Polizei die Menschen in für Farbige bestimmten Wohngebieten an.

Bis in die 40er Jahre hinein stand Südafrikas Rassenpolitik nicht völlig im Widerspruch zu dem, was in Kolonialgebieten allgemein üblich war. Aber in den 50er Jahren begann die Abschaffung der Kolonialherrschaft, und international wuchs der Widerstand gegen den Rassismus. Südafrika befand sich in Bezug auf Fragen der Menschenrechte eindeutig im Gegensatz zur Weltmeinung.

Die Architekten der Apartheid entwickelten daraufhin die Theorie des Multinationalismus. Ihre Politik der „getrennten Entwicklung“ teilte die afrikanische Bevölkerung in künstliche ethnische „Nationen“, eine jede mit einem eigenen „Heimatland“ und der Möglichkeit künftiger „Unabhängigkeit“.

Dieser Politik zufolge gehörten also alle Weißen zu einer einheitlichen „Nation“, die Schwarzen zu 10 verschiedenen „Bantunationen“, und die Farbigen und Asiaten wurden zu je einer weiteren „Nation“ ohne eigenes Gebiet erklärt.

Durch Zwangsumsiedlungen verloren ungefähr 3,5 Millionen Menschen, die in „weißen“ Gebieten gelebt hatten, ihren angestammten Wohnsitz. Sie wurden in die Homelands verfrachtet, wo riesige Slums entstanden.



Die Passgesetze und die Zuwanderungskontrollen wurden verschärft. Arbeitsbehörden dirigierten die Arbeitskräfte dorthin, wo sie benötigt wurden. Hunderttausende Menschen wurden infolge der Passgesetze jedes Jahr inhaftiert oder angeklagt. Dezentrale Industrieniederlassungen an den Grenzen, aber nicht innerhalb der Homelands wurden gefördert, um Schwarze aus dem „weißen“ Südafrika herauszuhalten.

In faktisch jedem Bereich, sei es Wohnungsbau, Bildung oder Gesundheit, übernahm die Zentralregierung die Kontrolle über das Leben schwarzer Südafrikaner in der Absicht, sie in die Rolle von Menschen zu drängen, die sich nur vorübergehend im „weißen“ Südafrika aufhielten und nur willkommen waren, solange sie als Arbeitskräfte gebraucht wurden.

Aber gerade auf diese Kontrollprogramme konzentrierte sich der Widerstand der Schwarzen. So war die Kampagne gegen die Passgesetze von 1952 einer der Eckpfeiler des Kampfes.

In den Vierzigern lebte die Militanz der Massen wieder auf. 1943 wurde die Jugendliga des ANC (ANC Youth League) gegründet, mit herausragenden Führungspersönlichkeiten wie Nelson Mandela, Oliver Tambo und Walter Sisulu, die für den Kampf in den nächsten Dekaden von enormer Bedeutung waren.

Die Einführung der Apartheidpolitik fiel mit dem Aktionsprogramm des ANC (Programme of Action, 1949) zusammen, das der erneuten Kampfbereitschaft der 40er Jahre Ausdruck gab. Das Programm enthielt die Ablehnung der weißen Herrschaft und einen Aufruf zu Protesten, Streiks und Demonstrationen. Hierauf folgte eine Dekade turbulenter Massenaktionen im Widerstand gegen die Verhängung noch strikterer Formen der Rassentrennung und Unterdrückung.



Südafrika



Kampf gegen die Apartheid

Die Kampagne des zivilen Ungehorsams (Defiance Campaign) von 1952 führte die Mobilisierung der Massen unter dem Banner des gewaltlosen Widerstands gegen die Passgesetze zu neuen Höhen. Hierbei machte sich teilweise Gandhis Philosophie geltend.

Als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Abschaffung des Rassismus erwies sich die Congress Alliance, zu welcher der ANC, der South African Indian Congress, der Coloured People's Congress, der Congress of Democrats (eine kleine Organisation weißer Mitglieder) und der South African Congress of Trade Unions gehörten.

Die Alliance verließ der sich herausbildenden Einheit über Rassen- und Klassengrenzen hinweg Ausdruck, wie sie sich in der Defiance Campaign und anderen Massenprotesten dieses Zeitraums äußerte. Gleichzeitig organisierte sich der Widerstand der Frauen in der Federation of South African Women.

Die Freedom Charter von 1955 legte die Prinzipien des Kampfes deutlich fest und band die Bewegung an die Grundsätze der Menschenrechte und des Nicht-Rassismus. In den nächsten Jahrzehnten wurde die Freedom Charter ein wichtiges Symbol des Freiheitskampfes.

Der Pan-Africanist Congress (PAC), der von Robert Sobukwe gegründet worden war und auf der Philosophie des Afrikanismus und auf Anti-Kommunismus fußte, spaltete sich 1959 von der Congress Alliance ab.

Anfänglich reagierte der Staat noch nicht mit den drakonischen Mitteln der späteren Jahre. Ein Versuch, über 150 Führer der Anti-Apartheidbewegung wegen Landesverrats vor Gericht zu bringen, begann 1956 und endete 1961 mit dem Freispruch der Angeklagten. Aber zu diesem Zeitpunkt war die organisierte Massenopposition bereits verboten.

Die Lage spitzte sich im März 1960 zu. 69 Anti-Pass-Demonstranten wurden bei dem Massaker von Sharpeville erschossen, als die Polizei das Feuer auf eine PAC-Demonstration eröffnete. Die Regierung rief den Ausnahmezustand aus und führte Untersuchungshaft auf unbegrenzte Zeit ein.

Die politischen Organisationen der Schwarzen wurden verboten und ihre Anführer gingen ins Exil oder wurden verhaftet. Angesichts dieser Entwicklungen rückten der ANC und der PAC von ihrer bisherigen Entscheidung für den gewaltlosen Widerstand ab und entschlossen sich zum bewaffneten Kampf, gepaart mit der Arbeit und Mobilisierung im Untergrund und gleichzeitig der Mobilisierung der internationalen Solidarität.

Führende Freiheitskämpfer, unter ihnen Mitglieder des 1961 gegründeten Umkhonto we Sizwe („Speer der Nation“), wurden 1963 verhaftet. Im Rivonia-Prozess verurteilte das Gericht acht ANC-Führer, zu denen auch Nelson Mandela gehörte, wegen Sabotage (statt wegen Landesverrats, der ursprünglichen Anklage) und verhängte lebenslange Haft.

Die 60er Jahre waren eine Zeit ausgeprägter Unterdrückung seitens des Staates. Der Widerstand zeigte Schwächen auf dem Gebiet der politischen Organisation. Dem Staat gelang es, mit bewaffneten Angriffen fertig zu werden.

Anfang der 70er Jahre erreichte die Widerstandspolitik neue Kraft. Die Bewegung "Schwarzes Bewusstsein" (Black Consciousness Movement) unter Steve Biko, der 1977 in der Haft umgebracht wurde, weckte ein Gefühl des Stolzes und der Selbstachtung bei der schwarzen Bevölkerung.

Die Nachricht von der brutalen Ermordung Bikos wurde international bekannt und löste eine beispiellose Empörung aus. Eine ganze Serie von Streiks unter Führung der schwarzen Gewerkschaften hatte zur Folge, dass neue Teile der Gesellschaft, insbesondere aus den Reihen der Intellektuellen und der Studentebewegung, sich dem Kampf der Massen und der Debatte über die zugrunde liegenden Prinzipien anschlossen.

In das Jahr 1976 fällt der Beginn einer nachhaltigen Revolte gegen die Apartheid. Im Juni protestierten Schüler aus Soweto gegen das Bildungssystem, und es folgten landesweite Jugendaufstände.

Die 80er Jahre wurden zum Beginn der Integration und des Zusammenwachsens der verschiedenen Arten des Kampfes, nämlich des bewaffneten Kampfes, der Mobilisation der Massen sowie der internationalen Solidarität.

Von der Mitte der 80er Jahre an setzte die Regierung sowohl landesweite als auch auf bestimmte Gebiete beschränkte Ausnahmezustände durch. Die United Democratic Front und ihre informelle Dachorganisation, das Oppositionsbündnis Mass Democratic Movement, wurden zu legalen Trägern des Freiheitskampfes der demokratischen Kräfte. In diesen Oppositionsbewegungen spielten Geistliche eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeit. Das Engagement der Arbeiter für den Widerstand nahm durch die Gründung des Congress of South African Trade Unions und des National Council of Trade Unions neue Dimensionen an.



Südafrika



Der Erfolg des Kampfes

Infolge der Entwicklung in den Nachbarstaaten, wo weitverbreiteter Widerstand gegen die Kolonialherrschaft der weißen Minderheit in der Mitte der 70er Jahre zur Abschaffung der portugiesischen Kolonialherrschaft geführt hatte und 1980 zur Abdankung des Minderheitsregimes in Simbabwe, war Südafrika als letzte Bastion weißer Vormachtstellung exponiert.

Die Regierung befand sich zunehmend unter Druck und wurde international immer stärker isoliert. Sie wandte eine doppelte Strategie an, in deren Folge Reformen in begrenztem Umfang zusammen mit verstärkter Unterdrückung und der Militarisierung der Gesellschaft durchgeführt wurden. Ziel war es, den Druck zu begrenzen, die Unterstützungsbasis auszuweiten und den organisierten Widerstand zu vernichten.

Ein frühes Beispiel für die Reform war die Anerkennung schwarzer Gewerkschaften, um die Arbeitsbeziehungen zu stabilisieren.

1983 wurde die Verfassung geändert, um den Minderheiten der Farbigen und Inder begrenzte Mitspracherechte in eigenen Parlamentskammern einzuräumen. Die große Mehrheit dieser Bevölkerungsgruppen bezeugte ihre Ablehnung dieses Drei-Kammer-Systems durch massive Wahlboykotts, aber es wurde trotz seines deutlichen Mangels an Legitimität durch die Apartheidregierung aufrecht erhalten.

Gegen Ende der 80er Jahre drückte sich der weitverbreitete Widerstand in zivilen Ungehorsamkeitskampagnen aus, während gleichzeitig weite Teile der Gemeinden in Bezug auf Probleme vor Ort gemeinschaftlich aktiv wurden. Unterstützung für freigelassene politische Gefangene und für den bewaffneten Kampf wurde auf breiter Basis öffentlich zum Ausdruck gebracht.

In Reaktion auf den zunehmenden Widerstand verstärkte die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung für die Ziele der Anti-Apartheid.

Zahlreiche Sanktionen und Boykotts wurden durchgeführt, sowohl von einzelnen Ländern als auch durch die Vereinten Nationen. Zu diesen Sanktionen rief die Anti-Apartheidbewegung in



Südafrika selbst und im Ausland im Rahmen einer koordinierten Strategie auf.

F. W. de Klerk wurde 1989 Staatspräsident. Er kündigte bei der Parlamentsöffnung im Februar 1990 das Ende des Verbots der Freiheitsbewegungen an, sowie die Freilassung politischer Gefangener, besonders auch die von Nelson Mandela.

Zu diesem Schritt hatte eine Reihe von Faktoren geführt. Die internationalen Finanz-, Handels-, Sport- und Kultursanktionen zeigten deutliche Wirkung. Aber vor allem, auch wenn Südafrika in keiner Weise dem Zusammenbruch nahe war, weder in militärischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht, hatten mehrere Jahre des Ausnahmezustands und der rücksichtslosen Unterdrückung ganz offensichtlich weder die Strukturen des organisierten Widerstandes zerstört, noch hatten sie dazu beigetragen, dem Apartheid-Regime oder seinen Kollaborateuren Legitimität zu verschaffen. Im Gegenteil, der allgemeine Widerstand mit bewaffneten Aktionen und der Mobilisierung der Massen hatte sich intensiviert.

Dem ANC wurde als der wichtigsten Freiheitsorganisation öffentliche Anerkennung und Legitimität zuteil. Man betrachtete ihn in zunehmendem Maße als die nächste Regierung Südafrikas.

Nach einem langwierigen Verhandlungsprozess fand im April 1994 im Rahmen einer Übergangsverfassung Südafrikas erste demokratische Wahl statt. Nelson Mandela wurde der erste demokratisch gewählte Präsident Südafrikas.

Die Übergangsverfassung teilte Südafrika in neun Provinzen ein statt der vorhergehenden vier Provinzen und zehn Homelands, und sah eine Regierung der Nationalen Einheit vor, die aus allen Parteien mit mindestens 20 Sitzen in der Nationalversammlung gebildet wurde.

Der ANC ging aus der Wahl mit einer Mehrheit von 62 % hervor. Die stärkste Opposition war die NP, die 20 % der Stimmen erhielt sowie die Mehrheit in der Provinz West-Kap. Für die Inkatha Freedom Party (IFP) stimmten 10 % der Wähler, hauptsächlich in der Provinz KwaZulu-Natal. Die NP und die IFP waren bis 1996, als die NP sich zurückzog, an der Regierung der Nationalen Einheit beteiligt.

Für ausländische Beobachter, aber auch nach Ansicht einer wachsenden Zahl weißer Südafrikaner, war die Apartheid entlarvt, und zwar als moralisch bankrott und in keiner Weise zu verteidigen oder zu reformieren. Der Zusammenbruch des globalen Kommunismus, der Rückzug des kubanischen Militärs aus Angola nach entsprechenden Verhandlungen und der Freiheitskampf der South-West African People's Organisation, der nach Verhandlungen zu einem unabhängigen Namibia (ehemals Südwest-Afrika unter südafrikanischer Verwaltung) geführt hatte all dies trug viel dazu bei, die Einstellung der Weißen zu ändern. Es war nicht länger möglich, den ANC und den PAC als Frontbewegungen des internationalen Kommunismus zu verteufeln.

Das weiße Südafrika hatte sich aber auch sonst auf bedeutende Weise geändert. Der Afrikaaner-Nationalismus hatte einen großen Teil seiner Daseinsberechtigung verloren. Zahlreiche Afrikaaner waren verärgert, gehörten zur Mittelschicht, waren relativ wohlhabend und sahen Fragen im Zusammenhang mit der Bevölkerungszugehörigkeit nicht mehr als vorrangig an.

Ein großer Teil der NP-Stammwähler stand dem Gedanken einer umfassenderen nationalen Identität aufgeschlossen gegenüber, auch über die Rassengrenzen hinweg, und sehnte sich nach internationalem Ansehen.

